



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/12 ~ 15.1.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Auftakt mit Hindernissen	S. 1
Die neue norwegische Regierung	S. 3
Zur Situation in Bayern	S. 5
Prag und die Austreibung der Sudetendeutschen	S. 7

V o r s p i e l e

P.R. Wenn nicht alles täuscht, wird die Stockung, die nach mehr als vierzigstündigen Verhandlungen über die Tagungsstätte der Berliner Konferenz eintrat, sehr schnell wieder überwunden sein. Schließlich weiß jede der beiden Seiten, daß es niemand verstehen würde, wenn man sich über einen so nebensächlichen Punkt nicht einigen könnte und aus diesem Grunde der Beginn der Konferenz noch einmal hinausgeschoben werden müßte. Auch der Hinweis darauf, daß jeweils der andere daran schuld hätte, könnte den Schaden, der für b e i d e Seiten entstünde, nicht ausgleichen.

Unmittelbar nachdem Abbruch der Verhandlungen hatte dann auch das State Department verlauten lassen, man werde innerhalb der nächsten zwei Tage den toten Punkt überwunden haben. Über das Wie glaubte zuerst der Washingtoner Korrespondent der "New York Times" sagen zu können, die USA seien bereit, den sowjetischen Vorschlag anzunehmen, daß die eine Hälfte der Sitzungen im Westen, die andere im Osten stattfinden solle. Damit wird die größte Schwierigkeit berührt, die sich bisher in den Vorverhandlungen ergeben haben. Man sieht auf den ersten Blick, daß es

sich vornehmlich um eine Angelegenheit des Prestiges handelt, und man kann sich ein Bild davon machen, wie weit Gesichtspunkte dieser Art auch bei der Behandlung der eigentlichen politischen Themen eine Rolle spielen werden. Die sowjetische Haltung ist dabei insofern nicht ohne Reiz; als Herr Dengin diesmal geradezu auf der Anerkennung der Auffassung bestanden hat, der Westen sei eine Einheit, während dies bisher doch von Moskau, soweit es sich um politische Wertungen gehandelt hat, immer bestritten worden ist. Ein Gutteil der sowjetischen Taktik überhaupt bestand und besteht ja gerade darin, diese Einheit des Westens in Zweifel zu ziehen bzw. zu erschüttern.

Diesem Zweck dient zweifellos auch viel von der Begleitmusik Moskaus während der letzten Tage vor dem Beginn der Konferenz. Zwei Artikel in der "Prawda" stehen im Vordergrund. Sie stellen in ihrem Kern zwei Thesen auf, die freilich keineswegs neu sind. In der Verfahrensfrage auf dem Wege zu einem einheitlichen Deutschland wird die Bildung einer deutschen Interimsregierung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands vor freien Wahlen verlangt und in der Sicherheitsfrage wird, so wie es schon in der sowjetischen Note vom 26. November geschah, mit dem Gedanken eines "Europäischen Sicherheitssystems" unter Einfluß des sowjetischen Machtbereiches, offenbar aber unter Ausschuß der USA, operiert. Das sind Gedanken, von denen man sich nicht vorstellen kann, wie sich der Westen damit auch bei größtem Entgegenkommen und aufrichtigstem Willen, zu einem Ausgleich der Interessen zu gelangen, abfinden könnte. Sie erscheinen unreal und vermutlich sagt man sich das auch in Moskau.

Wenn sie trotzdem erhoben worden sind, so braucht das nicht allzu viel zu besagen. Alles das, was in diesem letzten Stadium vor dem Konferenzbeginn an Überlegungen und Kombinationen üppig ins Kraut schießt, dient vor allem dem Zweck, die politische Front des Gegenspielers abzutasten. Es wäre nicht vernünftig, solchen Äußerungen übermäßiges Gewicht beizumessen und sich von ihnen entmutigen zu lassen, ehe die Verhandlungen noch überhaupt begonnen haben. Die Schwierigkeiten im Gespräch selbst werden noch früh und massiv genug einsetzen. Auch darüber, welcher Art sie im einzelnen sein werden, ist man sich sicher auf beiden Seiten schon längst ziemlich im Klaren - auch ohne die Versuchsballons, die nun noch einmal zu guter Letzt hochgelassen werden.

Solche Erscheinungen sind als Vorspiele von Konferenzen von der entscheidenden Bedeutung des Berliner Kongresses fast unvermeidlich. Sie dienen der Absteckung des Operationsfeldes und der stimmungsmäßigen Beeinflussung möglichst breiter Kreise der Öffentlichkeit. Sie gehören auch durchaus nicht nur zu der von propagandistischen Bedürfnissen stark überlagerten modernen politischen Arbeitsmethode. Es hat sie bei entsprechenden Anlässen schon immer gegeben, wenn vielleicht auch in weniger kompakter Form und mit geringerer Streuwirkung. Davon sollte man sich nicht allzu sehr beeindruckt lassen.

Das norwegische Beispiel

KRK - Oslo

In diesen Tagen tritt das im Oktober 1953 neugewählte Storting zusammen, das wiederum eine sozialdemokratische Mehrheit hat. Es ist kein Zweifel, daß es die Regierung Torp im Amte bestätigen wird.

Mehr noch als das alte Storting wird sich das neue wirtschaftlichen Aufgaben zuwenden müssen. - Man erinnere sich, daß die bürgerliche Opposition gegen die Stortingsmehrheit mit einem Trommelfeuer von Schreckparolen gearbeitet hat, die alle auf die Behauptung hinausliefen, das Land befinde sich am Rande des ökonomischen Abgrunds. Da die bürgerliche Presse sich nun mit der Feststellung "boscheidet", die sozialdemokratische Regierungspolitik habe sich wirtschaftlich festgefahret, ist ein Hinweis auf die wirkliche Lage Norwegens zweckmäßig und lehrreich.

Der eben veröffentlichte OEEC-Rapport enthält recht schmeichelhafte Bemerkungen über die Wirtschaftspolitik und -lage Norwegens. Es heißt in dem Rapport unter anderem, daß Norwegen sich erfolgreich bemüht habe um wirtschaftliche Expansion und Vollbeschäftigung und daß das Land trotz Valutaschwierigkeiten an der Liberalisierung des internationalen Handels festgehalten habe. - Mit Recht bemerkt "Arbeiderbladet", daß OEEC das gleiche nicht von allen anderen Mitgliedstaaten der Organisation sagen könne. So habe England trotz seines guten Aussehens und seines Bezahlungsüberschusses strenge Einfuhrbeschränkungen unter anderem für Holz-Veredelungsprodukte aufrechterhalten. Und es ist richtig, daß sich die Valutaschwierigkeiten Norwegens zum Teil just auf dieses Verhalten des bürgerlich regierten England zurückführen lassen. -

Der OEEC-Rapport stellt auch fest, daß die wirtschaftliche Expansion Norwegens in hohem Maße beruht auf dem gelungenen Streben nach billigerer Produktion von Waren, die wichtig sind für das Verdienen oder Einsparen von Dollar - ein Streben, das für ganz Westeuropa wichtig ist.

Die OEEC-Organisation ersucht die anderen Länder, die Anstrengungen Norwegens zu unterstützen, die auf die Durchführung des grossen norwegischen Aufbauprogrammes gerichtet sind. Dies nimmt die bürgerliche Presse als Grund für ihre Behauptung, die Wirtschaftspolitik der Regierung sei festgefahren, so daß sie die OEEC um Hilfe bitten müsse.

Die Regierung leugnet nicht, daß die Beschaffung ausländischer Valuta schwierig ist. Sie versucht, die Einfuhr zu drosseln, ohne die Liberalisierung des Handels zu gefährden, zu der sie sich verpflichtet hat - und ohne die Vollbeschäftigung in Frage zu stellen. Wenn die bürgerliche Presse Parikstimmung zu erzeugen versucht mit dem Hinweis darauf, daß auf dem Weihnachtstische die Haselnüsse fehlten, kann darauf verwiesen werden, daß die OEEC meint, Norwegen habe starke Begründung für die Aufnahme neuer Anleihen, und es sei auch Grund für die Annahme vorhanden, daß es den notwendigen Kapitalimport erreichen werde.

Der OEEC-Rapport wird im Storting besprochen werden. Es bleibt abzuwarten, ob die bürgerliche Opposition das unsachliche Gebahren der bürgerlichen Presse fortsetzen wird.

Die Wirtschaftspolitik der norwegischen Arbeiterregierung kann jedenfalls ohne Ansehensverlust für diese Regierung mit der aller anderen Mitgliedstaaten der OEEC verglichen werden. Und das neue Storting wird mit seiner sozialdemokratischen Mehrheit die Arbeit fortsetzen, die dem norwegischen Volke in den letzten Jahren nur Segen gebracht hat.

+ + +

Wahlen als Krisen-Hintergrund

K.T. München

Spätestens im November dieses Jahres werden die bayerischen Wähler zur Urne gehen, um, in Abwandlung eines Propagandaschlagwortes zu den letzten Bundestagswahlen, einen "besseren Landtag" zu wählen. Wie sehr diese Wahlen schon jetzt ihre Schatten vorauswerfen, beweist die latente Krise in der bayerischen Innenpolitik seit den letzten Wochen; die zum Teil recht heftigen Auseinandersetzungen in der Frage des Lehrerausbildungsgesetzes sind nichts anderes als erste Vorzeichen der Wahl.

Zwei Anschauungen stehen sich hier gegenüber. Die SPD ist nach ihrer letzten gemeinsamen Arbeitstagung des Landesausschusses und der Landtagsfraktion bis zur äussersten Grenze des Entgegenkommens gegangen. Sie hat noch einmal zu verstehen gegeben, dass ihr letztes Angebot in dieser Sache ein klarer Beweis guten Willens ist und dass es nun einzig und allein auf den anderen Koalitionspartner, die CSU, ankomme, ob man sich zu einem Kompromiss entschliesst oder ob man selbst den Bruch der Koalitionsregierung in Kauf nehmen will, nur um Forderungen der CSU zu der Frage der künftigen Lehrerausbildung erfüllt zu sehen, die weit über die Bestimmungen des Konkordats, die Kirchenverträge und die Bayerische Verfassung hinausgehen. Die SPD hat erklärt, dass sie bereit sei, unter Anerkennung der genannten Forderungen der Einrichtung pädagogischer Hochschulen zuzustimmen, die eine gemeinsame Ausbildung der Lehrerstudenten für jene Fächer versehen, welche ohne Rücksicht auf die konfessionellen Unterschiede allen gemeinsam sind. An diesen Hochschulen sollen ferne eigene Professuren für die Fächer errichtet werden, die für den Glauben und die Sitten bedeutungsvoll sind und deren Besetzung der Zustimmung der entsprechenden Kirche bedarf. Es sollten staatliche, wissenschaftliche Hochschulen sein, an denen Forschung und Lehre frei sind. Die SPD erklärte weiter, dass dieser Vorschlag eine Verständigung möglich machen würde, da er nach den vorliegenden Rechtsgutachten bedeutender Staatsrechtler den Forderungen des Konkordats und der Kirchenverträge voll entspricht.

Wenn demgegenüber die CSU nach wie vor getrennte katholische und evangelische Akademien verlangt, bei denen fast sämtliche Professuren der Zustimmung der Kirchen bedürfen, dann sieht die SPD in dieser Forderung eine totale Konfessionalisierung der Lehrerausbildung, die über den jetzigen Stand der Praxis weit hinausgeht. Die SPD sieht darin

die grosse Gefahr, eine künstliche Vertiefung der konfessionellen Kluft zu schaffen, die niemandem zum Vorteil gereichen wird. Noch hofft die SPD auf eine Verständigung innerhalb der Regierungskoalition. Sie wird jedoch auf der demnächst stattfindenden Landesausschusssitzung der CSU erfahren, wohin das bayerische Regierungsschiff für die Zukunft steuert.

Es gibt viele CSU-Politiker, die mit besonderer Freude die latente Krise in der bayerischen Innenpolitik beobachten und für die die scharfe Kontroverse um das Lehrerausbildungsgesetz wie gerufen kam. Im Hinblick auf die Wahlen und in der Hoffnung, auch in Bayern die gleichen Verhältnisse wie in Bonn zu schaffen, wollen sie es zu einem Bruch der Regierungskoalition kommen lassen. Sie erhoffen sich damit freie Hand für den Wahlkampf in der Überlegung: wenn die augenblickliche Regierungskoalition erst einmal gelöst ist, dann kann man die letzten Rücksichten auf den Koalitionspartner fallen lassen, dem der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard immer wieder bescheinigen musste, dass er, zusammen mit der CSU, das Bestmögliche für das Land Bayern in den letzten drei Jahren getan habe.

Betrachtet man die augenblickliche verfahrenslage von diesem Standpunkt aus - und man mass ihn so schon - dann wird klar, warum gerade die Anhänger um den Landtagspräsidenten Dr. Hundhammer ^{nicht} jedes Entgegenkommen der SPD in dieser Frage völlig ignorieren, sondern darüber hinaus ihre eigenen Forderungen von Mal zu Mal höher schrauben. Wenn dann gar Dr. Hundhammer erklärt, das letzte Wort in dieser Frage würden schliesslich doch die Bischöfe von der Kanzel sprechen, an deren Weisungen sich die Gläubigen gebunden fühlen, dann zeigt das mit erschreckender Deutlichkeit, wie man bewusst auf die Vertiefung des konfessionellen Risses hinsteuert.

+ + +

Prager Liebeswerben um Sudetendeutsche

(ap) Der Appell des hessischen und bayerischen Landtages an Prag und die darauffolgenden Verhandlungen des Deutschen Roten Kreuzes mit dem tschechischen Roten Kreuz haben die ersten Früchte getragen. Der erste Transport von inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten ist in diesen Tagen im Gebiet der Bundesrepublik eingetroffen, weitere Entlassungen dürften folgen. Hierzu wird noch gemeldet, daß sich auch die Behandlung der noch Zurückgebliebenen wesentlich gebessert haben soll.

Es wäre allerdings noch verfrüht, von einem radikalen Kurswechsel hinsichtlich der Stellung der noch im Lande verbliebenen Sudetendeutschen - ihre Zahl wird auf etwa 200000 geschätzt - zu sprechen. Von Prag aus machen sich in dieser Richtung einige Ansätze bemerkbar. Die deutschsprachigen Sendungen des Prager Rundfunks werden reichhaltiger ausgebaut, es erscheint auch wieder eine Zeitung in deutscher Sprache, Theatergruppen bereisen die deutschen Enklaven, die einst so verpönte deutsche Sprache ist fallweise wieder gestattet. Die führenden Männer des Prager Regimes bezeichnen heute die Austreibung der Sudetendeutschen als ein von Benesch im Auftrag des "anglo-amerikanischen Imperialismus" begangenes Verbrechen - eine geradezu widersinnige Geschichteverdrängung.

Während sich unter dem Druck mannigfacher Umstände in der Tschechoslowakei eine Abkehr von dem seit 1945 verfolgten deutschfeindlichen Kurs zu vollziehen scheint - viele Agenten bereisen die Ostzone, um die dortigen Sudetendeutschen zur Rückkehr zu bewegen, auch in der Bundesrepublik sind sie aktiv - geht anscheinend diese Entwicklung an den führenden Kreisen der tschechischen Emigration spurlos vorüber. Sie bleiben immer noch jenen unglückseligen Vorstellungen und der Politik eines gescheiterten Benesch verbunden, die so viel Unglück, Leid und Zerstörung über den mitteleuropäischen Raum gebracht hat. Die jüngsten Veränderungen im "Rat der freien Tschechoslowaken" in Washington deuten allerdings darauf hin, daß die amerikanischen Förderer dieses Rates künftighin Männer wie den Agrarier Czerny und den Slowaken Osusky herauszustellen wünschen, die an dem Verbrechen der Austreibung nicht beteiligt waren. Hoffentlich geht diese Entwicklung auch an den tschechischen Sozialdemokraten nicht spurlos vorüber.

Verantwortlich: Peter Raunau